

**DIE FRAKTION
IM KONSTANZER
GEMEINDERAT**

Fraktionsbüro:
Fischmarkt 2
78462 Konstanz
cdu-fraktion@stadtrat.konstanz.de

Fraktionsvorsitzende:
Prof. Dr. Heike Rawitzer
rawi@zhaw.ch
0171 1224136

13.08.2025

Gemeinsamer Antrag der CDU, Freien Wähler und FDP
Eilantrag: Stopp externer Marketingausgaben und
umfassende Offenlegung der Marketingplanung 2025/2026“

Beschlussvorschlag

1. Rückzug der derzeitigen Ausschreibung zur «Begleitkommunikation des Klimaschutzes».
2. Einfrieren aller Marketingmaßnahmen der Stadt Konstanz, die externe Kosten verursachen und bis zum 27.08.2025 nicht schriftlich beauftragt wurden. Dies bis zu einem Gesamtentscheid zu den Kosteneinsparungen des laufenden Haushaltes. Nicht eingenommen sind Marketingausgaben der Eigenbetriebe, Theater, Museen, OMK. Ebenso ausgenommen sind Marketingmassnahmen des Kultur- und Sportamtes im Rahmen der Unterstützung von Veranstaltungen.
3. Beauftragung der Verwaltung, dem Gemeinderat bis spätestens zur nächsten Sitzung (HFK) eine vollständige und transparente Übersicht sämtlicher Marketingmaßnahmen der Stadt und die Marketingplanung für die Jahre 2025 und 2026 vorzulegen, einschließlich Angabe aller Kostenansätze (geplant, beauftragt, bereits ausgeführt). Gleichzeitig Darlegung, welche Massnahmen durch bestehende Ressourcen in der Verwaltung bewältigt werden können.

Sachverhalt – Begründung

Die Stadt Konstanz befindet sich in einer **hoch angespannten finanziellen Lage**. Trotz massiver Sparauflagen, Defiziten in zweistelliger Millionenhöhe und Diskussionen über eine mögliche Haushaltssperre hat die Verwaltung eine Ausschreibung für die „Begleitkommunikation des Klimaschutzes“ mit einem Volumen von bis zu **140.000 Euro plus Nebenkosten** gestartet. Bereits in den **Haushaltsberatungen 2025/2026** haben mehrere Fraktionen eine **deutliche Reduktion der Marketingausgaben** beantragt. Damals wurde zugesagt, diese Forderungen im Rahmen des Instruments „globaler Minderaufwand“ zu berücksichtigen. Gleichzeitig kam es im letzten HFK zu einer Zusicherung, aufgrund der aktualisierten Haushaltslage, zunächst keine weiteren finanziellen Verpflichtungen einzugehen.

Vor diesem Hintergrund ist die nun erfolgte Ausschreibung besonders problematisch, da sie im klaren **Widerspruch zu den getroffenen Zusagen** steht.

Darüber hinaus stellt sich die Frage nach der **Effizienz des Mitteleinsatzes**:

- Der hohe Mitteleinsatz zur kommunikativen Begleitung umweltpolitischer Massnahmen muss in der derzeitigen Finanzsituation im Verhältnis zu dem tatsächlich erreichbaren Umweltschutz stehen und wirft die Frage auf, ob die Gelder nicht effizienter eingesetzt werden können.
- Kommunikationskampagnen dieser Art sind nur in begrenztem Maße eine genuine **Kernaufgabe der Kommune**. Angesichts knapper Haushaltsmittel müssen **Pflichtaufgaben und substanzielle Maßnahmen** Vorrang vor Marketingetats haben. Beziehungsweise es muss zumindest eine Abwägungsmöglichkeit geben.
- Viele Kommunikationsaufgaben können – zumindest teilweise – durch **bestehende Ressourcen in der Verwaltung** geleistet werden, ohne externe Kosten zu verursachen.

Die Räte haben mit der Klimastrategie zwar Grundsätze beschlossen (z. B. K2 „Steigerung des Umweltbewusstseins“ und K4 „Stadtwechsel-Kommunikationskonzept“), **nicht aber konkrete Zeitpunkte, Umsetzungsformen oder Kostenhöhen**. Eine operative Umsetzung mit einem Volumen von 140.000 Euro wurde somit **nie politisch explizit gebilligt**.

Ein solches Vorgehen setzt deshalb ein **äußerst schwieriges Signal**:

- Es reduziert deutlich die verbleibenden Einsparungsmöglichkeiten im laufenden Haushalt, weil Nicht-Pflichtaufgaben priorisiert werden.
- Es untergräbt die Vermittelbarkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, wenn einerseits über eine Haushaltssperre und schmerzhafte Kürzungen diskutiert wird, andererseits hohe Marketingbudgets definiert werden.
- Es **belastet das Vertrauensverhältnis** zwischen Gemeinderat und Verwaltung, da politische Leitplanken und Zusagen missachtet werden.
- Es zeugt von einer fehlenden Sparkultur, die gerade in Zeiten knapper Kassen zwingend geboten wäre.